LANDKREIS NIENBURG/WESER
D E R L A N D R A T

AFP/03/2023

Abschrift!

Genehmigtes Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal
am Mittwoch, dem 15.11.2023, 15:00 Uhr,
im Großen Sitzungszimmer des Kreishauses A,
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg**

Beginn: 15:00 Uhr Ende: 15:55 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Klaus Niepel, 31618 Liebenau	
Frau stellv. Landrätin Anja Altmann, 31582 Nienburg	
Herr KTA Daniel Barg, 31603 Diepenau	
Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup	
Herr KTA Andreas Cordes, 31622 Heemsen	als Vertretung von KTA Engelking
Frau KTA Kirsten Heusmann, 31582 Nienburg	
Herr KTA Lothar Kopp, 31595 Steyerberg	
Herr KTA Guido Rode, 31632 Husum-Bolsehle	
Frau KTA Rita Schnitzler, 31608 Marklohe	
Herr KTA Norbert Sommerfeld, 31637 Rodewald	als Vertretung von KTA Kuhlmann ab 15:04 Uhr
Frau KTA Barbara Weißenborn, 31582 Nienburg	

Grundmandat gem. § 71 Abs. 4 NKomVG

Frau KTA Katharina Fick, 31637 Rodewald	
Herr KTA Thomas Köhler, 31638 Stöckse	

Verwaltung

Herr Landrat Detlev Kohlmeier,	
Herr KVD Torsten Rötschke,	
Frau Petra Bauer, Gleichstellungsbeauftragte	
Frau KVR Gun Dachs, Fachbereich Finanzen	
Frau KVR Kerstin Schwill-Rudolph, Fachbereich Rechnungsprüfung	
Herr KAR Gerd Pröstler, Team Finanzwirtschaft	als Protokollführer

Der Vorsitzende KTA Niepel eröffnet um 15:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Gremiums sowie nachstehende Tagesordnung fest:

TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal vom 26.09.2023

TOP 2: Haushaltsplanung 2024 - FD Informationstechnik
2023/198

TOP 3: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2024
2023/199

TOP 4: Mitteilungen/Anfragen

TOP 5: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Der Vorsitzende	Protokollführer	Der Landrat In Vertretung
gez. Niepel	gez. Pröstler	gez. Rötschke
Kreistagsabgeordneter	Pröstler	Rötschke

Öffentliche Sitzung
des Ausschusses **für Finanzen und Personal** am 15.11.2023

Protokoll zu TOP 1

15.11.2023

Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal vom 26.09.2023

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Ausschuss für Finanzen und Personal genehmigt das Protokoll aus seiner Sitzung vom 26.09.2023.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne

Öffentliche Sitzung
des Ausschusses **für Finanzen und Personal** am 15.11.2023

Protokoll zu TOP 2

2023/198
15.11.2023

Haushaltsplanung 2024 - FD Informationstechnik

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Den Mittelanmeldungen des Fachdienstes Informationstechnik wird zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KVD Rötschke erklärt, dass weiterhin in die erforderliche Infrastruktur investiert werden würde. Der Bereich IT-Sicherheit müsse weiter ausgebaut werden, da deutschlandweit jeden Monat durchschnittlich zwei Kommunen Cyber-Angriffen ausgesetzt seien.

Auf Nachfrage von KTA Bergmann-Kramer entgegnet KVD Rötschke, dass die Steigerung der Ansätze die Marktentwicklung widerspiegele.

Frau KTA Altmann ergänzt, dass die Preissteigerungen im Bereich IT bei 30-45% lägen.

LR Kohlmeier stellt dar, dass die IT-Sicherheit hohe Priorität besäße. Ferner müsse über die Nutzung von künstlicher Intelligenz (KI) nachgedacht werden. Die Einführung sei jedoch ressourcenintensiv, bevor eine entsprechende Entlastung spürbar wäre.

KTA Rode fragt, wofür ein neues Videokonferenz-Tool eingeführt werden müsse.

KVD Rötschke erläutert, dass das zur Zeit genutzte Tool nicht bei allen Behörden im Einsatz sei, somit die Kommunikation erschwert sei. Nach Anpassungen der EU-Vorgaben hinsichtlich der Speicherung von Daten in einer Cloud sei die Einführung des Tools „Teams“ möglich. Dieses sei deutlich weiter verbreitet.

KTA Schnitzler erkundigt sich, wie es zu den Werten bei den Kennzahlen komme.

Hierzu führt KVD Rötschke aus, dass die Aussagekraft der Kennzahlen hinsichtlich des Umsetzungsgrades der Projekte u.a. stark von externen Einflüssen abhängig sei, da u.a. Ressourcen von Dritt-Anbietern nur noch nach längeren Wartezeiten zur Verfügung ständen.

Öffentliche Sitzung
des Ausschusses **für Finanzen und Personal** am 15.11.2023

Protokoll zu TOP 3

2023/199
15.11.2023

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2024

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beratungsgang:

KVR Dachs erläutert anhand einer Präsentation den 1. Entwurf des Haushalts 2024.

Die Haushaltssatzung sehe einen Fehlbetrag in Höhe von 34,27 Mio. Euro vor. Kredite müssten in Höhe von 27,04 Mio. Euro aufgenommen werden. Verpflichtungsermächtigungen seien in Höhe von 57,51 Mio. Euro veranschlagt. Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite sei auf 45 Mio. Euro festgesetzt. Die Verwaltung schlägt vor, die Umlagesätze für die Kreisumlage mit 52% der Steuerkraft und 46% von 90% der Schlüsselzuweisung beizubehalten.

Die Erträge in 2024 beliefen sich auf 303,5 Mio. Euro, die Aufwendungen auf 337,8 Mio. Euro. Die Produktbereiche Soziales und Jugend machten einen Anteil von 55 % am Gesamtzuschussbedarf aus.

Die Aufwendungen für Personal steigen in 2024 um 6,7 Mio. Euro. Die Transferaufwendungen würden im Zeitraum vom 2019 bis 2027 von 128,7 auf 190,2 Mio. Euro steigen. Für die Betriebs- und Folgekostenförderung in Kindertagesstätten müsste in 2024, aufgrund der Anpassung des Verbraucherpreisindex, 16,9 Mio. Euro veranschlagt werden.

Entsprechend der Regelung des § 182 Abs. 5 NKomVG könne auf ein Haushaltssicherungskonzept für 2024 verzichtet werden, wenn der Kreistag einen entsprechenden Beschluss fasse. Die sich aus den Folgen des Ukraine-Krieges ergebenden Fehlbeträge müssten innerhalb von 30 Jahren ausgeglichen werden.

Investitionen in 2024 würden u.a. im Bereich Schul- und Verwaltungsgebäude, die Kreisschulbaukasse sowie die Krankenhausumlage getätigt. Neben den neu veranschlagten Maßnahmen bestünden Ausgabeermächtigungen aus 2023 und Vorjahren in Höhe von 68,5 Mio. Euro. Teilweise müssten diese ggf. in 2025 neu veranschlagt werden, um entsprechende Investitions-Kreditermächtigungen zu erhalten. In Hinblick auf den Eckwerte-Beschluss überschreite der Bereich Kreisstraßen sein Budget erheblich. Entsprechend müsse der Ausschuss für Kreisstraßen über die Maßnahmen beraten.

Verpflichtungsermächtigungen würden in 2024 u.a. für die FTZ, die OBS Marklohe, die OBS Uchte und die BBS Sporthalle bereitgestellt.

Entsprechend des Orientierungserlasses würden sich die Schlüsselzuweisungen des Landkreises auf 57,1 Mio. Euro, die Kreisumlage auf 85,9 Mio. Euro erhöhen. Die Anhörung der Kommunen erfolgte am 30. Oktober 2023, deren Stellungnahme würde in der Sitzung am 5. Dezember thematisiert.

In der mittelfristigen Planung werde mit weiteren Fehlbeträgen gerechnet und spätestens für den Haushalt 2025 müsse ein Haushaltssicherungskonzept erstell werden.

Neben der negativen Entwicklung bei den Fehlbeträgen erhöhe sich die Summe der investiven Verschuldung bis 2027 auf 123,6 Mio. Euro.

KTA Bergmann-Kramer erkundigt sich, warum die Umlagesätze nicht auf das Niveau von 53% von der Steuerkraft und 47% von 90% der Schlüsselzuweisung festgelegt worden seien.

KVD Rötschke weist darauf hin, dass die Kommunen vor den gleichen Problemen stehen würden ihre Haushalte auszugleichen.

KTA Bergmann-Kramer stellt fest, dass die Summe der freiwilligen Leistungen des Landkreises keinen wesentlichen Beitrag zur Konsolidierung beitragen könne.

KTA Niepel stellt ergänzend die Frage, welches Volumen die freiwilligen Leistungen hätten.

KAR Pröstler teilt mit, dass hierzu aktuell noch einmal eine entsprechende Abfrage bei den Organisationseinheiten (OE) durchgeführt würde und Ergebnisse in der nächsten Sitzung mitgeteilt werden würden.

KVD Rötschke ergänzt, dass in Gesprächen mit allen Fachbereichen die Haushaltssituation thematisiert worden sei. Ein relevantes Einsparpotential hätte sich nicht ergeben. Der Trend bei den Transferleistungen würde sich eher noch verschärfen, da der Landkreis im Wettbewerb mit den anderen Trägern stände.

KTA Altmann stellt ergänzend fest, dass durch Streichung von freiwilligen Leistungen neue Problematiken entständen.

LR Kohlmeier weist darauf hin, dass die Probleme nur in Hannover und Berlin gelöst werden könnten. Es müssten Leistungen abgebaut werden oder entsprechende Steuererhöhungen beschlossen werden. Es dürfe keine weiteren Förderungen ohne entsprechende Finanzierung geben.

Auf Nachfrage von KTA Niepel, ob über eine Erhöhung der Kreisumlage gesprochen werden müsse, erwidert KVD Rötschke, dass die Erhöhung der Kreisumlage als eine Konsolidierungsmaßnahme auf Sicht unverzichtbar sein werde.

Protokoll zu TOP 4

15.11.2023

Mitteilungen/Anfragen

Beratungsgang:

Es werden keine Mitteilungen gegeben und keine Anfragen gestellt.

Öffentliche Sitzung
des Ausschusses **für Finanzen und Personal** am 15.11.2023

Protokoll zu TOP 5

15.11.2023

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beratungsgang:

Es werden keine Fragen gestellt.